

Inhaltsverzeichnis

Top •5 Mitteilung betr. Steinkauzprojekt in Bornheim

Vorlage: 063/2011-SUA

Vorlage ohne Beschluss

Top •8 Einbau eines Blockheizkraftwerks (BHKW) im Rathaus Bornheim Vorlage: 011/2011-SUA/1

Vorlage

Vorlage: 011/2011-SUA/1

Vorlage: 011/2011-SUA/1

Erg•ungsantrag 19.01.2011

TOP

Umweltausschuss	08.02.2011
-----------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	063/2011-SUA
Stand	25.01.2011

Betreff Mitteilung betr. Steinkauzprojekt in Bornheim

Sachverhalt:

Vor einigen Monaten sind zwei ehrenamtliche Bornheimer Vogelschützer mit der Projektidee an den Bürgermeister herangetreten, dem in seinem Erhaltungszustand in ganz Nordrhein-Westfalen gefährdeten Steinkauz (*Athene noctua*) in Bornheim bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, in dem man ihm zusätzliche Nisthilfen in geeigneten Biotopen anbietet. Die Vogelschützer stehen in engem Kontakt mit dem Verein zur Erhaltung der europäischen Eulen e.V. aus Bad Münstereifel (EGE) und werden von dort fachlich unterstützt.

Zum Lebensraum des Steinkauzes lässt sich ausführen, dass er offene, grünlandreiche Landschaften mit ganzjährig kurzer Vegetation bevorzugt. Baumreihen oder Baumgruppen müssen als Höhlen und Rufwarten ebenfalls vorhanden sein. Besonders kopfbaumreiche Wiesen und Weiden sowie Obstwiesen bieten dem Steinkauz gute Lebensbedingungen. Auch in lichten Parks, Dörfern und Steinbrüchen kann er vorkommen. Waldgebiete hingegen meidet er völlig. Aus dieser Lebensraumbeschreibung wird deutlich, dass der Steinkauz in Bornheim vor allem durch das Verschwinden der Streuobstwiesen wesentlichen Lebensraum verloren hat und auch bei uns selten geworden ist, zumal die ortsrand-nahen Lebensräume und innerörtliche Baulücken durch die Baulandentwicklung in Bornheim weitgehend verloren gegangen sind.

Zum Schutz der Steinkauzpopulation schreibt die EGE auf ihrer Internetseite:

"Systematische Biotopverbesserungen könnten eine langsame Wiederausbreitung der Art bewirken. Doch scheint dies in Anbetracht der teilweise sehr kleinen, isolierten Restpopulationen recht schwierig. In Deutschland ist vor allem das Kerngebiet des Steinkauzes am Niederrhein, in der Westfälischen und Kölner Bucht konsequent zu erhalten und in seiner Qualität für den Steinkauz zu verbessern. Extensiv genutztes Grünland wie Mähwiesen, Streuobstwiesen und Weiden muss dabei langfristig gesichert werden."

Neben Schutz und Arterhaltung für den Steinkauz ist eine weitere Überlegung Anlass für den Bürgermeister, das Projekt zu unterstützen. Der Steinkauz ist eine so genannte "planungsrelevante Art" und genießt insofern den besonderen Schutz der europäischen Vogelschutzrichtlinie. Danach darf der Bestand der lokalen Population dieser Art nicht verschlechtert werden. Pläne und Projekte, die dies befürchten lassen, sind unzulässig. Diese ins Bundesnaturschutzgesetz eingeführten europäischen Bestimmungen sind strikt zu beachten und nicht wie andere Umweltbelange der Abwägung im Bauleitplanverfahren zugänglich. Im Zuge der Aufstellung des Flächennutzungsplans wurde der Steinkauz im Umweltbericht bei mehreren Entwicklungsflächen als mögliches in der konkretisierenden Bauleitplanung zu beachtendes Artenschutzproblem erwähnt.

Der Bürgermeister beabsichtigt nun, in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Naturschützern die Steinkauzpopulation in solchen Bereichen zu entwickeln, die nicht in

Konflikt zur derzeitigen Flächennutzungsplanung stehen. Das heißt, Nisthilfen werden gezielt nur in solchen geeigneten Biotopen angebracht, die in der Bauleitplanung nicht für bauliche Zwecke vorgesehen sind. So kann der lokale Erhaltungszustand dieser Art verbessert werden, ohne neue Konflikte mit der Bauleitplanung heraufzubeschwören. Auf dieser Grundlage hat der Bürgermeister einen Vertrag mit den Vogelschützern geschlossen, wonach die Stadt zunächst 40 Nisthilfen beschafft und die Vogelschützer diese in geeigneten Biotopen anbringen und warten werden. Eine Bestandsdokumentation und ein Monitoring sind ebenfalls vereinbart. Die Kosten für die Anschaffung der Nisthilfen werden aus Kompensationsmitteln gedeckt. Die Untere Landschaftsbehörde ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Der Bürgermeister wird zu gegebener Zeit weiter berichten.

TOP

Umweltausschuss	08.02.2011
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	17.02.2011

öffentlich

Ergänzung zur Vorlage Nr.	011/2011-SUA/ 1
Stand	31.01.2011

Betreff Einbau eines Blockheizkraftwerks (BHKW) im Rathaus Bornheim

Beschlussentwurf Umweltausschuss:

Der Umweltausschuss nimmt zustimmend Kenntnis von den Ausführungen und beauftragt den Bürgermeister, die im Sachverhalt dargestellten Prüfungen der Wirtschaftlichkeit eines BHKW durchzuführen und eine Entscheidung über den Ersatz der Notstromversorgung für den Haushalt 2012 erneut vorzulegen.

Beschlussentwurf Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt zustimmend Kenntnis von den Ausführungen und beauftragt den Bürgermeister, die im Sachverhalt dargestellten Prüfungen der Wirtschaftlichkeit eines BHKW durchzuführen und eine Entscheidung über den Ersatz der Notstromversorgung für den Haushalt 2012 erneut vorzulegen.

Sachverhalt:

Zur Wirtschaftlichkeit des Betriebes eines Blockheizkraftwerks (BHKW) im Rathaus ist weiterer Klärungsbedarf entstanden. Wie in Vorlage 11/2011 dargestellt, ist die Wirtschaftlichkeit bei einer Betriebsstundenzahl von 4.900 Stunden im Jahr deutlich gegeben. Diese Betriebsstundenzahl wurde aus den derzeit vom Rathaus vorliegenden realen Gasverbräuchen in 2009 und 2010 als realistisch abgeleitet. Nun haben sich aus dem jetzt vorgelegten RWE-Energie-Controlling Bericht 2010 für das Rathaus Hinweise ergeben, dass sich durch Optimierung der Heizungssteuerung erhebliche Reduzierungen der Heizungslaufzeiten (und damit Heizkosteneinsparungen) ergeben könnten, was nicht ohne Folgen für die Betriebsstundenzahlen des BHKWs bleiben würde. Denn die aktuelle Gasverbrauchskurve des Bornheimer Rathauses weist verglichen mit einem Normgebäude eine deutliche Atypik auf. Legt man die typischen Verbräuchen eines "genormten" Rathauses zugrunde, käme man nach Aussage des beauftragten Ingenieurbüros auf etwa 2.500 Betriebsstunden im Jahr. Bei dieser Betriebsstundenzahl lässt sich die Wirtschaftlichkeit eines BHKWs auch nach Abzug der eingesparten Investition für die Notstromversorgung nicht mehr darstellen.

Der Bürgermeister möchte daher zunächst abklären, ob durch Optimierung der Heizungssteuerung und Warmwassererzeugung die Gasverbrauchskurve an einen typischen Verlauf angenähert werden kann. Dies würde dann zwar einerseits zur Unwirtschaftlichkeit des BHKWs führen, andererseits aber erhebliche Energieeinsparungen bedeuten, was vorrangiges Ziel sein sollte.

Da die Frage der Annäherung an eine typische Gasverbrauchskurve nicht bis zu den Haushaltsberatungen 2011 beantwortet werden kann, ist beabsichtigt, jetzt zunächst im Rahmen der technischen Gebäudesanierung die Vorhaltungen zum Anschluss eines BHKWs im Rathauskeller (ohne nennenswerte Mehrkosten) mit auszuführen und die Entscheidung über den Einbau eines BHKWs bzw. den Ersatz des Notstromaggregats nach 2012 zu

verschieben.

Im Übrigen wird auf den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zur HFWA-Sitzung am 17.02.2010 Bezug genommen. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass dieser Antrag auch im Fachausschuss beraten werden sollte.

Der dem Antrag der CDU-Fraktion zugrunde liegende Gedanke wird vom Prinzip her unterstützt. Schließlich ist die gemeinsame Strom- und Wärmenutzung im Bereich des Rathauses bereits einer der Kernpunkte im Aktionsplan Klimaschutz der Stadt Bornheim. Im konkreten Fall sprechen aber folgende Gründe gegen ein zentrales BHKW im Rathaus und einen Nahwärmeverbund mit Dritten:

- Ein Nahwärmeverbund mit dem AvH-Gymnasium besteht bereits seit Bau des Gymnasiums. Das Gymnasium besitzt keine eigene Heizzentrale.
- Das Beethovenstift installiert derzeit ein eigenes BHKW mit 50 kW elektrischer Leistung.
- Das BHKW im Rathaus dient vorrangig auch der Ersatzstromversorgung, aus Sicherheitserwägungen heraus soll das BHKW im Rathaus stehen und elektrisch hier eingebunden werden.
- Eine BHKW-Verbundlösung macht nur Sinn mit einem großen BHKW. Hierfür fehlen im Rathaus die Räumlichkeiten, es müssten neue auf dem Rathausgelände geschaffen werden (Kosten!). Ein großes BHKW im Rathauskeller würde auch zuviel Lärm emittieren, um die Lärm-Grenzwerte in gegenüberliegenden Büros einzuhalten. Im Übrigen sinken bei elektrischen Leistungen über 50 kW die Vergütungssätze nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Dies alles macht das Projekt im Zusammenhang mit der Rathaussanierung unwirtschaftlich.
- aus gleichen Gründen ist ein Strom- und Nahwärmeverbund mit dem Gebäude der DHPG neben dem Rathaus verworfen worden.
- Ein BHKW-getriebener Nahwärme- und Stromverbund kann mittelfristig unter wirtschaftlichen und Umweltgesichtspunkten grundsätzlich Sinn machen, wirft aber viele Fragen auf (Konzession, wer ist Lieferant und Abnehmer, Versorgungssicherheit, Notstromverteilung etc.), die nicht im Zusammenhang mit der Rathaussanierung zu klären sind.

Finanzielle Auswirkungen:

derzeit nur Personalkosten im Rahmen der Prüfung

Anlagen zum Sachverhalt

Ergänzungsantrag vom 19.01.2011



CDU Fraktion im Rat der Stadt Bornheim
 Vorsitzender: Hans Dieter Wirtz
 Alter Weiher 2
 53332 Bornheim
 Tel: 02222/945510
 Fax: 02222/945511
 cdu-fraktion@rat.stadt-bornheim.de

E.: 28.01.11
We.

Bornheim, 19.01.2011

Herrn
 Bürgermeister
 Wolfgang Henseler
 Vorsitzender des HFWA
 Rathausstraße 2
 53332 Bornheim

Beschlussänderung zur Vorlage 011/2011-SUA „Einbau eines BHKW im Rathaus Bornheim“

Sehr geehrter Herr Henseler,

die CDU Fraktion beantragt den Beschlussentwurf wie folgt zu ändern:

Der Ausschuss nimmt zustimmend Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters und empfiehlt dem Rat,

1. für den Einbau des BHKW im Rathaus und
2. für die Errichtung eines lokalen Fernwärmenetzes, welches im Umkreis (~500m) des Rathauses zur Versorgung mittels Fernwärme genutzt werden soll,

im Haushalt 2011 entsprechende Mittel bereitzustellen.

Der Bürgermeister wird im Rahmen dieses Projektes beauftragt, potentiellen Abnehmern Angebote zur Wärmelieferung zu unterbreiten.

Sachverhalt:

Wie der o.g. Vorlage zu entnehmen ist, soll das alte Notstromaggregat durch ein effizientes BHKW ersetzt werden. Der Ansatz ist zu begrüßen, da dies eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternative darstellt.

Nach Meinung der CDU-Fraktion greift dieser Ansatz allerdings zu kurz. Die sich durch den Austausch der Notstromversorgung ergebene Möglichkeit sollte genutzt werden, um mittels des BHKW nicht nur das Rathaus, sondern auch die nähere Umgebung mit umweltfreundlicher und günstiger Energie zu versorgen.

Gerade in der näheren Umgebung des Rathauses sind einige potentielle Abnehmer von Wärmeenergie, welche über ein BHKW im Rathaus versorgt werden könnten. Hier sind beispielsweise das A-

lexander von Humboldt Gymnasium, das Wohnstift Beethoven (inkl. Schwimmbad) oder das potentielle neue Fachmarktzentrum zu nennen. Aber auch für die in der näheren Gegend gelegenen Wohnimmobilien könnte die Fernwärmeversorgung eine interessante Alternative zur jetzigen Versorgung darstellen. Die ersten Erfahrungen im Hallenfreizeitbad zeigen, dass ein energieeffizientes BHKW eine klimafreundliche und wirtschaftliche Alternative darstellt, welche hier zum nachhaltigen Nutzen der Stadt Bornheim genutzt werden soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Hans-Dieter Wirtz
Fraktionsvorsitzender
CDU

gez.
Sebastian Kuhl
stellv. Fraktionsvorsitzender
CDU

Inhaltsverzeichnis

09/2011, 08.02.2011, Sitzung des Umweltausschusses	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 5 Mitteilung betr. Steinkauzprojekt in Bornheim	
Vorlage ohne Beschluss 063/2011-SUA	2
TOP Ö 8 Einbau eines Blockheizkraftwerks (BHKW) im Rathaus Bornheim	
Vorlage 011/2011-SUA/1	4
Ergänzungsantrag 19.01.2011 011/2011-SUA/1	6
Inhaltsverzeichnis	8